KTM Dr. Kuhlmann trug vor, dass der Kreis eine koordinierende Rolle zur Nutzung von Synergieeffekten und Kostensenkung bei der Interkommunalen Wärmeplanung übernehmen solle. Dies könne in Form einer gemeinsamen Strategieentwicklung und eines entsprechenden Konzeptpapiers erfolgen. Er betonte, dass die Planungshoheit bei den Kommunen läge. Der Kreis solle den Kommunen, die zu einer Zusammenarbeit bereit sein, Hilfe anbieten.

Herr Hahlen entgegnete, dass der Kreis eine sehr heterogene Zusammensetzung an Städten und Gemeinden habe; insofern sehe er sich zusammen mit der Energieagentur mehr in einer Informations- und Koordinationsrolle. Der Kreis könne etwaigen Unterstützungsbedarf dennoch bei den Kommunen abfragen. Er erwähnte weiter, dass einige Kommunen des Kreises bereits Kontakt zueinander aufgenommen hätten.

Herr Schmidt erklärte, dass die Rolle der Energieagentur Rhein-Sieg e. V. vor allem in der Wissensvermittlung und der Vernetzung liege. Die Energieagentur stehe teilweise auch schon mit Kommunen in Kontakt. Er befürwortete eine Abfrage bei den Kommunen nach ihren Wünschen und Bedarfen.

SkB Schön bezweifelte, dass die technologischen und räumlichen Voraussetzungen für eine effektive gemeinsame Wärmeplanung auf kommunaler Ebene vorlägen.

SkB Albrecht merkte an, dass die SPD-Fraktion keine Notwendigkeit des Eingreifens des Kreises als Koordinationsstelle sehe.

KTM Dr. Kuhlmann merkte an, dass das Gebäudeenergiegesetz zum 01.01.2024 in Kraft trete, die Maßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen und die künftigen Fördermöglichkeiten sollten abgewartet werden. KTM Dr. Kuhlmann schlug eine Beschlussfassung vor, wonach der Kreis die Abfrage bei den Kommunen tätigen und zeitnah berichten solle.

KTM Grünewald erläuterte, dass die CDU-Fraktion eine Abfrage bei den Kommunen für einen notwendigen Schritt halte, um den dortigen Planungsstand und Fortschritt erfassen zu können. Für die Kommunen bestehe die Herausforderung, spezifische Konzepte zu erarbeiten; für eine koordinierende Tätigkeit des Kreises bestehe zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Kulisse. Insofern werde die CDU-Fraktion dem Antrag der FDP, wie er zur Sitzung vorgeschlagen wurde, zum jetzigen Zeitpunkt nicht folgen.

KTM Windhuis stimmte zu, dass die Verwaltung eine Abfrage durchführen könne. Den Antrag der FDP erachte man im Moment allerdings nicht für beschlussfähig.

Vorsitzender KTM Dr. Griese fragte die antragstellende FDP-Fraktion, ob diese den Antrag zurückziehe. Eine Abfrage bei den Kommunen sei seitens der Verwaltung ohnehin beabsichtigt und erfordere keinen Beschluss.

Vorsitzender KTM Dr. Griese hielt fest, dass die Kreisverwaltung die Abfrage bei den Kommunen startet. Ein Beschluss werde nicht gefasst. Die FDP gab hierzu ihr Einverständnis.